



Pressemitteilung

Nr. 42

München, 21.07.2010

Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e. V.

Pressereferat

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
presse@blv.de
www.blv.de/aktuelles/presse

Pressereferentin
Andrea Schwarz M.A.

Drängende Probleme an Schulen nicht gelöst

Zum Schuljahresende zieht BLLV-Präsident Wenzel eine kritische Bilanz: „Bayerische Schulpolitik tritt auf der Stelle und verschließt sich notwendigen Reformen“

Der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Klaus Wenzel, hat zum Schuljahresende eine kritische Bilanz gezogen: „Drängende Probleme an den Schulen wurden nicht gelöst. Die bayerische Schul- und Bildungspolitik bewegt sich kaum und dann noch in die falsche Richtung.“ Auch in diesem Schuljahr habe es die Staatsregierung versäumt, mutige und notwendige Neuerungen zu konzipieren und umzusetzen. Die vom Schulsystem beförderte soziale Ungerechtigkeit sei sogar noch größer geworden. So klappt die Schere zwischen Kindern, die das Bildungssystem erfolgreich durchlaufen können und Kindern, die darin scheitern, weiter auseinander. „Schüler, Eltern und Lehrer mussten sich in diesem Schuljahr mit vielen Scheinreformen befassen. Dem Aktionismus waren keine Grenzen gesetzt. Wirkliche Verbesserungen setzten jedoch nicht ein. Die Situation an den Schulen ist unverändert schlecht, überall fehlt es an Personal. Im Mittelpunkt steht nicht die individuelle Förderung junger Menschen, sondern der Sortierauftrag - daran hat keine Reform etwas verändert.“ Die Schüler würden je nach Leistung von unten nach oben und vielfach wieder zurück delegiert - das sei nicht nur kostspielig, sondern überaus unpädagogisch. Viele Eltern, Lehrer und Schüler hätten dies satt und wollten eine andere Schule. „Die Bildungstreiks in Bayern haben dies eindrucksvoll gezeigt.“

Aktionen gibt es im Überfluss - das dafür erforderliche Personal war und ist jedoch Mangelware. „Anstatt in einem ersten Schritt die Lern- und Arbeitsbedingungen an allen Schulen mit einer deutlichen Personalaufstockung zu verbessern, wurde und wird Personal abgebaut. Die Folgen sind verheerend: Gymnasien können zu wenig Intensivierungsstunden anbieten, die Klassen an Realschulen sind unerträglich groß. Die Situation wird sich wegen der explodierenden Schülerzahlen dramatisch verschlechtern. Für die „flexible Grundschule“ gibt es zu wenige Lehrkräfte, die auf die unterschiedlichen Befindlichkeiten der Kinder eingehen können. Die Grundschulen leiden unter dem Übertrittsdruck. Er ist aufgrund der neuen Regelungen schlimmer denn je und so massiv, dass Kinder krank werden. Der Mittelschule droht zu scheitern, bevor sie gestartet wurde:

Hier fehlt es nicht nur am Personal, sondern auch an der Akzeptanz. „Sie ist die falsche Antwort auf das Hauptschulsterben und sinkende Schülerzahlen.“

Mehr denn je gilt nach diesem zu Ende gehenden Schuljahr, dass es in Bayern Kinder aus sozial schwachen Familien und Migrantenkinder am schwersten haben. Sie können sich keinen privat finanzierten Förderunterricht in Form von Nachhilfe leisten und sind im Nachteil. Weil Nachhilfe bereits an Grundschulen selbstverständlich geworden ist, schaffen viele von ihnen nicht den Sprung auf die Realschule oder auf ein Gymnasium. „Obwohl diese Zusammenhänge bekannt sind und sie auch in diesem Schuljahr andauernd von wissenschaftlichen Studien belegt worden sind, werden sie nicht verändert“, kritisierte Wenzel. Stattdessen schreite die Kommerzialisierung des Bildungssystems voran. „Im Mittelpunkt bayerischer Schul- und Bildungspolitik steht die Ausgrenzung und nicht die Integration.“

Auch den Folgen zurück gehender Geburtenzahlen habe die Staatsregierung wenig entgegengesetzt: „Das Hauptschulsterben in zahlreichen ländlich geprägten Regionen schreitet voran, während Gymnasien und Realschulen einen nie da gewesenen Zulauf verzeichnen. „Die aus dem Ruder gelaufenen Schülerströme sind nicht das Ergebnis erfolgreicher Schulpolitik, sondern Ausdruck der Verweigerung der Hauptschule. Je länger die Staatsregierung diese Tatsache leugnet, umso länger dauert auch die Agonie der Hauptschule, eine Schulform, die viele Eltern genauso wenig wollen wie die Auslese Zehnjähriger nach der vierten Grundschulklasse.“

An Gymnasien und Realschulen hätten sich aufgrund dieser Entwicklung die Lern- und Arbeitsbedingungen kontinuierlich verschlechtert. „Schüler und Lehrer leiden unter viel zu großen Klassen, zu wenig räumlichen Kapazitäten und zu wenig Personal.“ Die Anforderungen des achtjährigen Gymnasiums seien für viele Schüler/innen unverändert belastend, die Oberstufenreform habe nicht zu einer merklichen Entspannung der Situation geführt. Nach wie vor klagen Schüler über eine extrem hohe Belastung.

Grundsätzlich vermisst der BLLV die Einführung eines neuen Lern- und Leistungsverständnisses an allen Schulen. „Nicht nur Lerninhalte müssen kritisch hinterfragt werden, sondern auch die Methoden des Lernens an sich“, sagte Wenzel.

„Trotz zahlreicher Aktionen ist es der Staatsregierung nicht gelungen, die Weichen für eine moderne, verantwortungsvolle, an den Bedürfnissen der Kinder orientierte neue Schule zu stellen“, so sein Fazit. „Das ist uns ein Ansporn, weiter für unsere pädagogische Überzeugung einzustehen“, sagte er. Der BLLV-Präsident appellierte an den Landtag und an das Kultusministerium, sich tiefgreifenden und dringend erforderlichen Reformen nicht länger zu verschließen. ♦